

PODIUMSDISKUSSION ZUR MIESEN SOZIALEN LAGE DER STUDENTEN

Die soziale Absicherung der Studenten ist die Voraussetzung dafür, daß alle Schichten der Bevölkerung das Bildungsangebot der Universitäten nutzen können.

Ein zentraler Punkt der sozialen Sicherstellung ist die Studienförderung, und gerade darum sind in letzter Zeit heftige Diskussionen ausgebrochen. Am 2.3.1983 wurde die 10. Novelle zum Studienförderungsgesetz beschlossen. Das Wissenschaftsministerium und eine Studentenfraktion stellen diese Novelle als großen Erfolg dar, der Großteil der Studenten betrachtet diese Novelle allerdings als Akt der Sozialdemontage.

Als Argumente werden angeführt, daß der Kreis der Stipendienbezieher nicht ausgeweitet, sondern eingeschränkt wird und daß die Inflationsrate der letzten Jahre nur unzureichend abgegolten wird. Außerdem verlieren Absolventen von akademischen Kurzstudien, wie pädagogische Akademien und Akademien für Sozialarbeit, den Anspruch auf ein Stipendium, wenn sie nach ihrer 1. Ausbildung ein Hochschulstudium aufnehmen.

Um den widersprüchlichen "Informationen", die bezüglich der 10. Novelle zum Studienförderungsgesetz verbreitet wurden, auf den Grund zu gehen, veranstalteten das Sozialsreferat der TU Graz und das Sozialkomitee der Universität Graz eine Podiumsdiskussion zur sozialen Lage der Studenten. Als Diskussionspartner waren anwesend Monika Wammerl vom Sozialkomitee der Universität Graz, Dr. Erich Schuster und Mag. Walter Steinbacher vom BMfWuF, Josef Hochgerner von der Arbeiterkammer Wien und Mag. Peter Härtl von der Industriellenvereinigung. Dr. Erich Schuster vertrat die Meinung, daß alle unabhängig von der materiellen und sozialen Situation die Möglichkeit und das Recht

auf Bildung auch bis in die Universitätsetage haben müssen, da sonst kein gesellschaftlicher Fortschritt möglich ist. Trotzdem wurde die Studienförderung von Absolventen von Pädagogischen Akademien eingestellt, da man keine weitere Lehrerbildung fördern will.

Der Vertreter der Arbeiterkammer Josef Hochgerner gab dagegen zu bedenken, daß durch diese Regelung des BMfWuF noch mehr Absolventen von Pädagogischen Akademien auf den Arbeitsmarkt drängen werden und die Chance auf Weiterbildung genommen wird. Er vertrat auch die Meinung, daß Projektstudienprogramme mit Verdienstmöglichkeit für Studenten in Zukunft mehr gefördert werden müssen.

Mag. Härtl von der Industriellenvereinigung trat, wie nicht anders erwartet, für eine Leistungsauslese ein, die allerdings erst auf der Universität stattfinden sollte. Das System des Numerus Clausus, wie es in der BRD gehandhabt wird "ist keine Leistungsauswahl, sondern ein Unfug", erklärte Mag. Härtl. Mag. Walter Steinbacher beschränkte sich darauf, die von Vertretern der ÖH an der TU Graz und des Sozialkomitees vorgebrachten Zahlen, die die

triste soziale Situation der Studenten/innen spiegeln, als unrichtig zu bezeichnen (siehe unten abgedruckten Briefwechsel zwischen dem Sozialreferat der ÖH Tu Graz und Mag. Walter Steinbacher).

Es ist natürlich schwierig, den Verlauf und die Aussagen einer mehr als dreistündigen Diskussion in einem kurzen Bericht wiederzugeben, doch als Grundaussage kann festgestellt werden:

Die Studienförderung ist zwar nur ein sehr schmaler Ausschnitt, der zur Verbesserung der gesamtgesellschaftlichen Situation beitragen kann, doch ist sie für den studentischen Bereich die Voraussetzung dafür, daß ein zur Zeit bestehendes Bildungsprivileg überwunden werden kann. Alles in allem ist es den Herren vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung nicht gelungen, die Angriffe und Kritiken bezüglich der 10. Novelle zum Studienförderungsgesetz zu entkräften; ganz im Gegenteil, die Anwesenden bei dieser Diskussion über die soziale Lage der Studierenden gewannen den Eindruck, daß diese Novellierung eine Verschärfung der sozialen Lage mit sich bringt.

Walerich Berger



Podiumsdiskussion zur sozialen Lage der Studenten
Von links nach rechts: Härtl, Wammerl, Berger, Hochgerner, Steinbacher

Bei der Podiumsdiskussion zur sozialen Lage der Student/inn/en bestritt Mag. Walter Steinbacher, daß die Erwerbstätigkeit der Student/inn/en in den letzten Jahren, vor allem was die Erwerbstätigkeit über zwei Monate anbelangt, gestiegen ist. Daraufhin entwickelte sich der hier abgedruckte Briefwechsel

zwischen dem Sozialreferat der Hochschülerschaft an der TU Graz und Mag. Steinbacher vom BMWuf.

Aus den Sozialberichten 1975 und 1983 des BMWuF geht jedoch eindeutig hervor, daß die Erwerbstätigkeit zwischen 1973/74 und 1979/80 von 17 % auf 30 %

(länger als zwei Monate erwerbstätig) gestiegen ist.

Von einem Beamten des Ministeriums könnte man eigentlich erwarten, daß er die Berichte des Ministeriums kennt, noch dazu wenn er daran mitgearbeitet hat.

SOZIALBERICHT 1975

2. Erwerbstätigkeit

2.1 Erwerbstätigkeit während des Semesters

Nach den Angaben der amtlichen

Statistik waren von den 58.613 ordentlichen inländischen Hörern des Wintersemesters 1973/74 17.850 (30 %) während des vorangegangenen Semesters (Sommersemester 1973) in irgendeiner Form erwerbstätig. Be-

rücksichtigt man nur jene Studenten, die im Sommersemester 1973 tatsächlich inskribiert waren, so liegt der Anteil der Erwerbstätigen - unabhängig von der Dauer der Erwerbstätigkeit - bei 36 %.

| | | |
|---|--|--|
| Tabelle 35: Quote der während des Semesters Erwerbstätigen seit dem Wintersemester 1970/71, ordentliche inländische Hörer, an wissenschaftlichen Hochschulen (in Prozent) | | Quelle: amtliche Statistik |
| | Von den länger als 1 Semester Inskribierten waren erwerbstätig | davon: von den länger als 1 Semester Inskribierten waren ganztätig, länger als acht Wochen erwerbstätig |
| Wintersemester | | |
| 1970/71 | 35 | 15 |
| 1971/72 | 35 | 15 |
| 1972/73 | 35 | 16 |
| 1973/74 | 36 | 17 |



SOZIALBERICHT 1983 (noch unveröffentlicht)

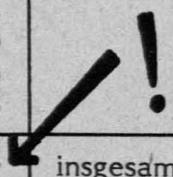
IV.1.2 Generelle Erwerbstätigkeitsquote¹⁾ und Dauer der Er-

werbstätigkeit

Insgesamt hatten im Untersuchungszeitraum zwei Drittel (67 %) der Befragten irgendeine Art von Beschäftigung ausgeübt.

Wie aus Tab. 1 hervorgeht, handelt es sich dabei zu 25 % um "ausschließliche Feriarbeit", hauptsächlich in der Dauer von 1-2 Monaten.

| | | | | |
|---|----|--|----|---|
| | | Tab. 1 Quoten der während des Semesters und während der Ferien Erwerbstätigen ²⁾ nach der Dauer der Erwerbstätigkeit. ³⁾ | | |
| ausschließlich während der Ferien in der Dauer von | | auch während des Semesters in der Dauer von ... | | % der Studenten waren zwischen Juni 79 und Mai 80 erwerbstätig ... |
| bis 1 Monat | 10 | 1 bis 22 Monate | 13 | (N= 2382; Gesamtheit der Befragten) |
| bis 2 Monate | 11 | 3 bis 5 Monate | 19 | |
| bis 3 Monate | 4 | 6 bis 8 Monate | 5 | |
| bis 4 Monate | / | 9 bis 12 Monate | 5 | |
| insgesamt | 25 | insgesamt | 42 | insgesamt 67 |



Immerhin 42 % der Studenten hatten auch während des Semesters gearbeitet; davon 30 % länger als 2 Monate, 10 % länger

als 5 Monate. Damit dürfte die "Erwerbstätigkeit während des Semesters" gegenüber 1974 leicht zugenommen haben: In den Er-

gebnissen der IFES-Studie vom Nov. 1974 scheint der entsprechende Anteil mit 40 % auf.¹⁾

| | | |
|--|--------------------------------------|--|
| ... % der Studenten waren während des Semesters erwerbstätig | | Tab. 2 Quote der während des Semesters Erwerbstätigen Studenten seit dem WS 1970/71; ordentliche inländische Hörer an wissenschaftlichen Hochschulen (in Prozent). |
| WS | nach Angaben der Amtlichen Statistik | |
| 1970/71 | 35 | nach den Ergebnissen der IFES-Studie 1974 sowie der vorliegenden GALLUP-Studie |
| 1971/72 | 35 | |
| 1972/73 | 35 | 40 2) |
| 1973/74 | 36 | |
| 1974/75 | | |
| 1975/76 | | |
| 1976/77 | | |
| 1977/78 | | |
| 1978/79 | | |
| 1979/80 | | |

1) Aufgrund verschiedener Definitionen der beiden Arten studentischer Erwerbstätigkeit in der IFES-Studie 74, sowie in der GALLUP-Studie, sind die Daten über die "Dauer der Erwerbstätigkeit" sowie hinsichtlich des Anteils der Ferialarbeiter nicht vergleichbar.

Ein Vergleich läßt sich ausschließlich hinsichtlich des globalen Anteils von "Erwerbstätigkeit während des Semesters" anstellen.

2) Ob die Differenzen zu den Daten der amtlichen Statistik

auf Stichprobenfehler, auf Unterschiede in der Erhebungstechnik oder auf Antwortverweigerungen beim Ausfüllen der Statistikbögen zurückzuführen ist, ist nicht endgültig zu klären.



**HOCHSCHÜLERSCHAFT AN DER
TECHNISCHEN UNIVERSITÄT IN GRAZ**
KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

An das
Bundesministerium für Wissenschaft
und Forschung
zhd. Herrn Mag. Walter STEINBACHER
Minoritenplatz 5
1014 Wien

8010 Graz, Rechbauerstraße 12
Telefon-Nr. (0 316) 74 0 13

Bankverbindung: Creditanstalt-
Bankverein Graz Nr. 88-67384/00

Unser Zeichen: SOZ.REF./8e.r1.
Graz, am 24. März 1983

Betr.: Podiumsdiskussion zur sozialen Lage der Studenten

Sehr geehrter Herr Magister Walter Steinbacher!

Bei der Podiumsdiskussion zur sozialen Lage der Studenten am 16.3.83 in Graz bezweifelten Sie die Richtigkeit meiner Zahlenangaben bezüglich der Erwerbstätigkeit von Studierenden. Da ich nur die von Ihnen ermittelten Zahlen, besonders was die Erwerbstätigkeit, die länger als zwei Monate andauert, betrifft, zitierte, war ich äußerst erstaunt, daß Sie um einen argumentativen Vorteil in der Diskussion zu erringen mich der Unehrlichkeit bezichtigten. Ich sende Ihnen ein Kopie der Unterlagen vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, in der die von mir genannten Zahlen abgedruckt sind.

Ich ersuche Sie um eine Stellungnahme dazu und eine Berichtigung bzw. Bestätigung der angegebenen Prozentangaben.

Mit freundlichen Grüßen

W. Steinbacher
Berger Walerich
(Sozialreferent)

**BUNDESMINISTERIUM
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

GZ 52 658/8-8/83

Wien, am 30. März 1983

An die
Hochschülerschaft an der
Technischen Universität Graz
z.Hdn. Herrn Walerich BERGER

Rechbauerstraße 12
8010 Graz

Betr.: Podiumsdiskussion zur sozialen Lage der Studenten

Sehr geehrter Herr Berger!

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 24. März d.J. betreffend Ihre Aussagen über die Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Studenten kann ich nur wiederholen, was ich schon in der gegenständlichen Veranstaltung sagen mußte. Die von Ihnen angeführten Daten der amtlichen Statistik über studentische Erwerbstätigkeit aus dem Sozialbericht 1975 (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Materialien zur sozialen Lage der Studenten in Österreich, Wien 1975, S. 74) sind wegen unterschiedlicher Definitionen mit den Daten der Sozialerhebung - ich verweise auf die von Ihnen übermittelte Kopie - nicht vergleichbar. Dies geht aus den beiden Tabellen so eindeutig hervor, daß ich keinen Grund für besondere Erläuterungen sehe.

Warum Sie trotzdem auf diesem unzulässigen Vergleich beharren, entzieht sich meiner Beurteilung.

Hochachtungsvoll

W. Steinbacher
Mag. W. Steinbacher